



Es gilt das gesprochene Wort.

Kathrin Scholl, Präsidentin Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrerverband alv

Investieren wir heute in unsere Zukunft, es wird sich mehr als auszahlen.

Der Personalmangel an Schulen spitzt sich im Aargau seit Jahren zu. Zum Glück hat das Parlament ein auf 2022 eingeführtes neues Lohnsystem gutgeheissen, dieses hat die Abwanderung insbesondere von jungen Lehrpersonen in andere Kantone quasi gestoppt.

Da das Bevölkerungswachstum im Aargau über dem schweizerischen Durchschnitt liegt und weiterhin sehr viele Lehrpersonen pensioniert werden (das vorgängige Lohnsystem war für Quereinsteigende und ältere Lehrpersonen attraktiv), spitzt sich die Situation trotzdem weiter zu.

Es ist daher dringend notwendig, dass konkrete Massnahmen getroffen werden, damit die Schulen ihren Bildungsauftrag in hoher Qualität erfüllen können.

Einerseits wird es entscheidend sein, den im Schulsystem tätigen Lehr- und Fachpersonen Sorge zu tragen und Massnahmen zu ergreifen, damit sie ihre herausfordernden Aufgaben zum Wohle der Kinder und Jugendlichen erfüllen können. Wir sehen hier drei ganz konkrete Möglichkeiten:

1. bei uns im Aargau die Unterstützung beim Berufseinstieg,
2. Verbesserungen bei der Umsetzung der integrativen Schulung
3. Massnahmen, die es den Lehr- und Fachpersonen weiterhin ermöglichen, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden (z. B. Entlastung der Klassenlehrpersonen, kleinere Klassen, etc.).

Bei der Umsetzung dieser Massnahmen spielen die Schulleitungen eine zentrale Rolle. Sie müssen gestärkt werden, durch Anpassungen in der Ausbildung, durch gezielte Unterstützung und letztlich durch Anpassung der Pensen.

Andererseits müssen wir dafür sorgen, dass mehr Personen die Ausbildung absolvieren. Das bedeutet, dass wir Anreize schaffen müssen, damit Personen ohne pädagogische Ausbildung diese nachholen können und dabei auch unterstützt werden. Auch bei uns im Aargau muss das bereits bestehende Angebot des Quereintriebs für Interessierte attraktiver werden. Mit anderen Worten: Es braucht eine Lösung zur Abfederung ihres Erwerbsausfalls.

Dass es mit einer Massnahme allein nicht getan ist, das ist klar. Es braucht ein ganzes Bündel von Massnahmen, die aufeinander abgestimmt sind. Dazu arbeiten wir eng und gut mit den Schulleitungen, den Gemeindevertretungen, dem Departement und der PH FHNW zusammen.

Und doch wird sich die aktuelle Situation nicht so bald entschärfen. Dies wird langfristige Folgen für unsere Gesellschaft und die Wirtschaft zur Folge haben. Investieren wir heute in unsere Zukunft, es wird sich mehr als auszahlen. Deshalb werden wir eine Initiative lancieren. Das übergeordnete Ziel der Bildungsqualität soll auf Verfassungsstufe verankert werden. Wir gehen heute davon aus, dass wir Anfang 2024 mit der Unterschriftensammlung beginnen können.